



Unsere politischen Schwerpunkte für den Kanton Bern!

2006 bis 2012

HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN DES KANTONS BERN
UNION DU COMMERCE ET DE L'INDUSTRIE DU CANTON DE BERNE

Berner Handelskammer
Chambre de commerce bernoise

Ziel und Aufgabe dieses Schwerpunktkatalogs

Der Kanton Bern verfügt dank seiner vorteilhaften geografischen Lage innerhalb der Schweiz und Europas sowie der Arbeitsmotivation der ansässigen Bevölkerung über ein aussergewöhnlich positives Potenzial. Trotzdem gehört er heute nicht zu den stärksten Wirtschaftskantonen der Schweiz. Dies gilt es zu ändern. Wachstum lässt sich allerdings nicht staatlich verordnen. Staatswirtschaft und Staatseingriffe in die private Wirtschaft bringen kein Wachstum. Vielmehr muss die Politik dafür sorgen, dass die Unternehmen in unserem Kanton ein vorteilhaftes Umfeld antreffen, welches ihre Tätigkeit erleichtert und ihnen erlaubt, einen höheren Wachstumsbeitrag zu leisten.

Hauptaufgabe des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) ist es, für ein solches gedeihliches Umfeld zu kämpfen. Der vorliegende Katalog soll den Mitgliedern des HIV, den politischen Behörden und der Öffentlichkeit aufzeigen, in welchen volkswirtschaftlich relevanten Bereichen sich der Verband in den kommenden Jahren engagieren will und welche Ziele er dabei verfolgt.

Drei Schwerpunkte

Befragungen von Unternehmen nach den wichtigsten Standortfaktoren bringen es regelmässig an den Tag: Bevorzugt werden ein grosses und gut ausgebildetes Arbeitskräftepotenzial, intakte Infrastrukturen und ein attraktives Büro- und Gewerbeflächenangebot und geringe Abgaben. Auch in Ratings über Standortqualitäten werden meistens Faktoren wie der Ausbildungsstand der Bevölkerung, die Verfügbarkeit von Hochqualifizierten, die verkehrstechnische Erreichbarkeit und die Steuerbelastung der natürlichen und der juristischen Personen genannt.

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern fokussiert daher seine Politik in den nächsten Jahren auf eben diese Faktoren. Er will im Sinne von Schwerpunkten

- die Bildung stärken,
- die Verkehrserschliessung verbessern und
- die Steuern senken.

Umfassende wirtschaftsorientierte Politik trotz drei Schwerpunkten

Die vorliegenden Ausführungen beschränken sich bewusst auf die drei genannten Schwerpunkte. Dies will und darf jedoch nicht heissen, dass sich der Handels- und Industrieverein im Rahmen seiner Politik nicht auch in anderen Bereichen, welche für die privaten Unternehmen relevant sind, engagiert. Dazu gehören beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik (gemeinsam mit den Sozialpartnern), die Energiepolitik, die Handels- und Gewerbepolitik, die Raumplanung, die Standortpolitik im Messewesen, die Spitalpolitik, die Sozialpolitik, die Gestaltung von Verwaltungsstrukturen und -verfahren, die Tourismuspolitik und Fragen der interkantonalen Zusammenarbeit insbesondere im Espace Mittelland.

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern verfolgt gemeinsam mit dem Dachverband economiesuisse ganz allgemein eine Ordnungspolitik, welche die Öffnung der Märkte, die Stärkung des Wettbewerbs, die Befreiung von Regulierungen, gesunde Staatsfinanzen, flexible Arbeitsmärkte und ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem zum Ziel hat. Leitmotiv ist das Vertrauen in die Selbstverantwortung und die Entscheidungsfähigkeit des Menschen.

Zum Schwerpunkt «Bildung»

Grundsätzliches

Ein attraktives, auf Leistung ausgerichtetes Bildungswesen ist eine der bedeutendsten Grundlagen für Wirtschaftswachstum. Bei internationalen Vergleichen belegen die Schweiz und auch der Kanton Bern betreffend Ausbildungsqualität leider keine Spitzenplätze. Die Universität droht im zunehmenden globalen Wettbewerb unter den Forschungs- und Bildungsinstitutionen ins Hintertreffen zu geraten, die Fachhochschule setzt zu wenig Prioritäten und ist zu verwaltungsabhängig, die Volksschule hat ein Qualitätsproblem. Mit den vorhandenen Mitteln muss nach dem Motto «mehr Bildung und weniger Bildungsverwaltung» eine bessere Wirkung erzielt werden.

Der Kanton Bern ist zudem von einer Chancengleichheit zwischen öffentlichen und privaten Bildungsanbietern weit entfernt. Ein echter Wettbewerb würde zu einer Qualitätssteigerung und gleichzeitig zu kostengünstigeren Leistungen insgesamt führen.

Forderungen im Einzelnen

- Die Bildungsfinanzierung – insbesondere ab Sekundarschulstufe II – ist im Sinne eines schrittweisen Übergangs von der bisherigen Angebots- zu einer **Nachfragefinanzierung** (z. B. Bildungsgutschriften) zu ändern. Die Steuerabzüge für Ausbildungskosten sind zu erhöhen.
- Die **Schulmodelle** sind auf zwei zu reduzieren und pro Gemeinde darf nur ein Schulmodell Anwendung finden.
- Bei **Bildungsexperimenten** ist mehr Zurückhaltung zu üben (auch von Erfahrungen anderer Kantone soll profitiert werden).
- **Tagesschulstrukturen** sind vermehrt anzubieten, wobei kostengünstige Modelle und private Lösungen den Vorzug erhalten müssen.

- Bei den **Integrationsbemühungen** ist das Schwergewicht auf den Erwerb der Amtssprache (je nach Wohnort Deutsch oder Französisch) zu legen.
- Der Förderung der **Begabten** ist mehr Beachtung zu schenken (z. B. durch Flexibilisierung der Verweildauer in der Ausbildung).
- Alle **Schulabgänger** müssen bei der Beendigung der ordentlichen Schulzeit die Ansprüche der Arbeitswelt und der weiterführenden Schulen erfüllen. Aussagekräftige und vergleichbare Zeugnisse schaffen Transparenz.
- **Fachhochschulen und Universität** sollen ihre **Bildungsschwerpunkte** präziser auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse ausrichten. Die Angebote sind im Espace Mittelland und gesamtschweizerisch zu koordinieren. Den technischen FH-Ausbildungen (auch den berufsbegleitenden) ist mehr Gewicht beizumessen.
- Den Hochschulen ist mehr **Autonomie** zu gewähren, wobei für die Fachhochschule eine private Trägerschaft zu prüfen ist.
- Die **Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Fachhochschulen und Universität** ist mit dem Ziel einer rascheren Umsetzung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung (Wissens- und Technologietransfer) zu intensivieren. Dazu gehören auch Anreize für die Generierung von Drittmitteln.
- Die **Universität Bern** soll sich klar als Elite-Bildungsinstitution positionieren. Anstelle des Numerus clausus sollen ab dem ersten Semester regelmässige Zwischenprüfungen die Bildungsqualität gewährleisten.
- Die **International School of Berne** ist zu stärken. Für internationale Unternehmen, aber auch für Schweizer Firmen mit ausländischen Fachkräften sind Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder in fremden Sprachen entscheidend.

Zum Schwerpunkt «Verkehrerschliessung»

Grundsätzliches

Die Verkehrerschliessung des Kantons Bern genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Alle Analysen zeigen zudem, dass die Mobilität laufend zunimmt und dieser Trend auch künftig anhält. Weder die Bahn 2000 noch die S-Bahn sind alleine in der Lage, die Zunahmen zu bewältigen. Damit der wirtschaftsrelevante Verkehr nicht im Stau stecken bleibt, kommt neben der Attraktivitätssteigerung im öffentlichen Verkehr dem Ausbau der Strasseninfrastruktur eine entscheidende Bedeutung zu. Ganz allgemein sind die Verkehrsvorhaben klar nach Wachstumskriterien zu priorisieren. Für undurchsichtige Auswahlverfahren wie die derzeit praktizierte so genannte Nachhaltigkeitsprüfung bleibt kein Raum.

Die Forderungen im Einzelnen

- Der **Ausbau der A1** Bern–Zürich auf durchgehend sechs Spuren ist voranzutreiben.
- Zusammen mit dem Bund sollen die **A5 im Seeland** (inkl. **Umfahrung Biel**) und die **Transjurane A16** rasch fertig gestellt werden.
- Im Sinne einer Sofortmassnahme ist der Autobahnabschnitt Muri–Freudenbergerplatz–Wankdorf auf sechs Spuren auszubauen. Für die **Autobahn–Osttangente Gümligen–Grauholz** soll sodann bis 2010 der Projektierungskredit gesprochen werden.
- Für die **Südumfahrung Bern** (Bümpliz–Bern–A6) ist eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.
- Die **Zufahrt Emmental** ist mit Baubeginn spätestens 2010 zu realisieren.
- Die **Wirtschaftsstrasse Oberaargau** zur besseren Anbindung von Langenthal an die Autobahn ist bis spätestens 2010 zu realisieren.
- Der **Bypass Nord Thun** ist mit Baubeginn spätestens 2010 zu realisieren.
- Die wichtigen **Versorgungsstrassen** im Berner Oberland sind schrittweise auf 40-Tonnen-Nutzlast auszubauen.
- Mit baulichen Massnahmen sind die Verkehrsbeziehungen im Gesamttraum **Wankdorf/Schermenweg** zu verbessern.
- Der Verkehrsfluss auf den **Hauptverkehrsachsen im «kantonalen Wirtschaftszentrum Stadt Bern»** muss dringend verbessert werden.
- Auf sämtlichen Autobahnen, Kantonsstrassen unter Einbezug der wichtigsten Gemeindestrassen insbesondere im Raum Bern ist ein **Verkehrssystemmanagement** zu installieren.
- Das **Angebot an öffentlichem Verkehr** in den Agglomerationen soll weiter ausgebaut und attraktiviert werden. Dazu gehören auch direkte Verbindungen aus dem ländlichen Raum in die Zentren.
- Die **Einbindung des Kantons Bern in das europäische Hochleistungsverkehrsnetz** soll durch vermehrte direkte Zugverbindungen mit wichtigen internationalen Zentren wie Frankfurt, München, Mailand, Lyon, Paris gestärkt werden.
- Der Wirtschaft sind ausreichende und kundennahe **Güterverkehrsleistungen** auf der Schiene anzubieten.
- Die ALPAR AG ist in ihren Bemühungen, **neue Flugverbindungen ab Bern-Belp** anzubieten, zu unterstützen. Die notwendige Pistenanpassung ist mit einem Investitionsbeitrag mitzufinanzieren.

Zum Schwerpunkt «Steuern»

Grundsätzliches

Die Steuern für natürliche Personen im Kanton Bern liegen heute rund 14% über dem schweizerischen Durchschnitt. Eine wesentliche Senkung, das heisst eine Annäherung ans schweizerische Mittel, tut deshalb Not. Die Mindereinnahmen des Staates können einerseits durch den Wachstumseffekt zufolge Steuersenkung und andererseits mit Sparmassnahmen kompensiert werden. Im Weiteren ist dafür zu sorgen, dass die Staatsschuld (Schuldenquote von heute 18%) nicht weiter ansteigt.

Die Forderungen im Einzelnen

- Im Rahmen der Steuergesetzrevision 2008 sind primär **Entlastungen bei den natürlichen Personen**, das heisst Kader der Wirtschaft, vorzusehen (heute können Kader oft nur zu einem Umzug nach Bern motiviert werden, wenn ihnen die Steuerdifferenz mit einem Lohnzuschlag entschädigt wird). Im Weiteren ist die doppelte Besteuerung der Familienaktionäre (Dividenden werden bei der Gesellschaft als Gewinn und beim Aktionär als Einkommen besteuert) zu mildern und die Unternehmensnachfolge zu erleichtern.
- Die **Staatsquote** ist zu **reduzieren**. Das regierungsrätliche Projekt «Aufgabendialog» muss zu einer spürbaren Aufgabenreduktion führen.
- Eine **institutionelle Bremse** in der Verfassung soll dafür sorgen, dass die Verschuldung nicht mehr ansteigt. Erlöse aus Devestitionen (z.B. BKW- und BEKB-Beteiligungen) sollen ausschliesslich zur Rückzahlung von Schulden verwendet werden.
- Steuersenkungen dürfen nicht mit höheren **Gebühren aller Art** kompensiert werden. Die Gebühren bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kosten sind regelmässig zu überprüfen (Benchmarking mit der Privatwirtschaft oder anderen Gemeinwesen).

Handels- und Industrieverein des Kantons Bern
Gutenbergstrasse 1
Postfach, 3001 Bern
www.bern-cci.ch

Bern, 16. Mai 2006

